

uniterre



FEBRUAR 2018

№ 1 63. JAHR

JAB 1450 STE-CROIX

WWW.UNITERRE.CH

INITIATIVEN Ernährung, Umwelt und Landwirtschaft im Zentrum der Diskussion. Eine abenteuerliche Reise hin zu einem respektvolleren Umgang mit unserem Planeten.

INTERNATIONAL Gegen die WTO, Rückblick auf die Demo vom 9. Dez. 2017. Geschichte der WTO-Verträge in Bezug auf die Landwirtschaft.

DEBATTE Die Initiative für sauberes Trinkwasser stellt die Landwirtschaft ins Zentrum der Diskussion. Argumente Pro und Contra.

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

UNITERRE, GESTERN UND MORGEN

LEITARTIKEL

VANESSA RENFER

BÄUERIN,

VORSTANDSMITGLIED UNITERRE (SEKTION NEUENBURG)

Der Jahresbeginn ist eine richtungsweisende Zeit. Vor uns liegt ein leeres Blatt, doch bevor wir ein neues Kapitel schreiben, müssen wir uns Fragen stellen, Überlegungen anstellen, als Menschen, als Mitglieder der Gesellschaft. Was habe ich bisher erreicht? Worüber bin ich stolz? Was ist zu bedauern, was war enttäuschend? Was waren meine grössten Erfolge? Und jetzt, wo will ich jetzt hin? Welche Ressourcen, welche Vorteile habe ich? Es geht dabei nicht um die berühmt-berüchtigten guten Vorsätze, die man am Neujahrsabend trifft und drei Wochen später vergessen hat. Man stelle sich viel eher eine Wartehalle am Flughafen vor, wo wir auf den nächsten Verbindungsflug warten. Ein Verein wie Uniterre sollte dieselbe Fragestellung durchlaufen. Ein Blick in den Rückspiegel zeigt uns starke Bilder von intensiver Mobilisierung, von beachtenswerten und beachteten Aktionen, von scheinbar ruhigeren Perioden, in denen neue Ideen entstanden sind, aber auch von Tiefpunkten, Zweifeln, Misserfolgen. Nehmen wir uns alle einen Moment Zeit, um uns mit unserer persönlichen Beziehung zu Uniterre auseinander zu setzen, sei unser Engagement nun gross oder klein: Warum bin ich Mitglied? Was habe ich erwartet, erhofft? Was habe ich beigetragen?

Bäuerinnen und Bauern nehmen sich nicht immer die Zeit für solche Überlegungen. Weil, und das muss einfach gesagt werden, weil sie kaum Zeit dazu haben. Zu tiefe Preise und zu hohe Anforderungen machen aus ihrem Alltag einen nicht enden wollenden Marathon. Von dieser Feststellung zum Gedanken, dass die Politik keine Änderung will, damit wir auch ja keine Zeit zum Aufbegehren haben, ist es nicht weit. Doch wenn wir uns im unendlichen Ablauf des Alltags eine Pause gönnen, kommen die interessantesten Ideen zum Vorschein, Ideen, die uns einen Schritt näher an unsere Ziele bringen.

Eines ist gewiss: 70 Jahre nach der Wut der Gründungsmitglieder hat sich bei Uniterre einiges geändert: Der Name, die Mitglieder und Mitarbeitenden. Doch im Geist vereint Uniterre immer noch die gleiche vibrierende Wut, die selben Beweggründe und Ziele. Die Aussichten für 2018 sind spannend, es gibt mehrere Initiativen zu diskutieren und natürlich kommt auch die Abstimmung über die Initiative für Ernährungssouveränität. Das hat einen neuen Anstrich verdient! Was Ihr in den Händen haltet, ist die neue Ausgabe unserer Zeitschrift. Leichter und übersichtlicher bleibt sie ein wesentliches Kommunikationsmittel für die Interessenvertretung von Uniterre. Analysen, Berichte, Kritik und Portraits über den Alltag der Bäuerinnen und Bauern werden die Flamme der Gewerkschaft weiter zu den Leserinnen und Lesern tragen, damit dieser spannende Kampf etwas Positives bewirkt – mindestens noch weitere 70 Jahre lang! •



RETRO-PERSPEKTIVE

Bauernaufstand - Aktion vom 25. September 2009:
250 Traktoren umkreisen Crémouze von 9.30h bis 13h,
ein Bassin wird mit Milch gefüllt.

Milchstreik 2008 und Bauernaufstand 2009, zwei denkwürdige Ereignisse
in der Schweiz und Europa.

Uniterre war die Speerspitze der Revolte in der Schweiz.
10 Jahre später hat sich die Situation weiter verschärft.

Wir bleiben dran: Milchpetition, Aktionen, Faire-Milch-Projekte,
gemeinsam sind wir stark!

LINKS

www.woz.ch/-1865

www.uniterre.ch/2008/greve-du-lait (auf französisch)

www.uniterre.ch/2009/revolte-paysanne (auf französisch)

Siehe auch:

Film "Preiskampf - Was ist unser Essen wert?" - Link auf unserer Website
www.uniterre.ch/de/preiskampf

Die Zivilgesellschaft ist am Aufbegehren, Initiativen zur Ernährung, zur Umwelt und zur Landwirtschaft häufen sich. Sie sind ein Zeichen der legitimen Sorgen der InitiantInnen und Unterzeichnenden, sowie des Bedürfnisses einer Änderung. Sie zeigen, dass Handlung und Mut vonnöten sind, um über den Status quo hinauszugehen. Wir stehen vor einer gesellschaftspolitischen Entscheidung und es braucht den Willen Betroffenen, um offen und unvoreingenommen an einer fundierten Debatte teilzunehmen und umfassende Antworten auf die komplexen Probleme zu finden.

2018 SCHWAMMIGER KONSENS ODER KÜHNE WELTANSCHAUUNG

INITIATIVEN

MICHELLE ZUFFEREY
UNITERRE SEKRETÄRIN

Die Zivilgesellschaft nimmt das Heft in die Hand. Allein im Bereich Ernährung, Umwelt und Landwirtschaft bearbeitet das Bundesparlament derzeit Initiativen für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative), für die Ernährungssouveränität – die Landwirtschaft betrifft uns alle, für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative). Die Initiative für "sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung" wurde am 18. Januar eingereicht und für die Initiative "eine Schweiz ohne synthetische Pestizide" werden Unterschriften gesammelt. (siehe auch Artikel auf Seite 6 u.7)

Was soll man darüber denken? Ist die Zivilgesellschaft auf den Kopf gefallen? Oder muss die Anzahl notwendiger Unterschriften für Initiativen hinaufgesetzt werden, um die grosse Zahl an Initiativen zu bremsen?

EINE FUNDIERTE DEBATTE. Nein, diese Initiativen sind ein Zeichen der legitimen und konkreten Sorgen, die nicht an Landesgrenzen gebunden sind. Ihr gemeinsamer Nenner ist der Wunsch nach einer gesünderen, umweltfreundlicheren Welt, einer Ethik, und gemeinsam ist ihnen auch der Ruf nach einer neuen, gesellschaftspolitischen Ausrichtung.

Die Initiativen zeigen, dass ein starker Wille besteht, eine Änderung zu erreichen und das bestehende System zu überdenken. Alle diese Initiativen sind Teil einer Antwort, gemeinsam zeigen sie, dass die Suche nach Lösungen alles andere als einfach ist. Sie sind auch ein Zeichen des Überdrusses und des Vertrauensverlusts – denn ein System, das es sich mit niemandem verderben will, ist allem Anschein nach nur zu einem liberalen Mainstream fähig.

Dennoch, was der Mensch geschaffen hat, kann er auch wieder abschaffen: Gesetze, Handelsbeziehungen, internationale Abkommen oder die Organisation unserer Gesellschaft. Warum also ist es so schwierig, sich eine Änderung auch nur vorzustellen, vorausdenkend zu handeln? Warum stellt unsere Regierung nicht Mittel für eine interdisziplinäre, offene, partizipatorische Forschung zur Verfügung, der es möglich ist, ausserhalb des Rahmens zu denken?

Mit unserer Initiative für Ernährungssouveränität haben wir versucht, alle Parameter zu berücksichtigen, um eine tatsächliche Veränderung der heutigen Situation herbeizuführen. Was erstaunt ist, dass man uns – aus Zeitmangel, fehlender Verständnisbereitschaft oder in böser Absicht – hauptsächlich entgegnet, dass unsere Initiative zu komplex sei. Welch ein Widerspruch! Das Leben ist komplex, alle Systeme sind komplex! Wir werden keine langfristige Lösung finden, wenn wir uns nicht die Mittel geben, um nachzudenken und eine unparteiische, umfassende Analyse zu machen. Wir haben die Mittel, die Kompetenzen und die Instrumente dazu, was also hält uns davon ab?

EIN SPANNENDES ABENTEUER. Die umfassende Analyse könnte als aufregende Herausforderung betrachtet werden, stattdessen wird allein die Vorstellung anderer Systeme als gefährlich für das bestehende Gleichgewicht gewertet, als Gefahrenquelle. Vielleicht ist es die Angst vor einer Veränderung? Aber eine Veränderung kann positiv sein: Die internationalen Konzerne, das Agrobusiness, die Grossverteiler könnten sich verändern und den Weg aus einem System herausfinden, dass sie ständig unter Druck setzt. Wir KonsumentInnen und Konsumenten könnten uns neu erfinden, unsere Überzeugungen und Werte hinterfragen. Und dasselbe gilt auch für uns Bäuerinnen und Bauern. Der Handlungsbedarf ist gross und es gäbe für alle etwas zu tun. Es könnte der Anfang eines spannenden Abenteuers sein! •

HANS WAS HEIRI!

Die "Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik" des Bundesrates wurde z'Längem und z'Breitem diskutiert. Der Schweizer Bauernverband hat sich darüber aufgeregt und argumentiert, dass bei einem Abbau des Grenzschutzes für die Schweizer Betriebe – darunter alle Gemüse- und Obstbetriebe – das Risiko bestehe, dass sie dem Preisdruck nicht widerstehen können [...], was für die kleinen und mittleren Betriebe eine nicht tolerierbare Gefahr darstelle. Eine Umsetzung der "Gesamtschau" stelle die Errungenschaften der Agrarpolitik im Umwelt- und Tierschutz in Frage und nicht zuletzt stehe der Bericht des Bundesrates absolut quer zum Volkswillen, grenzüberschreitende Handelsbeziehungen zu erreichen, "die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen".

VORSCHLAG AN DEN SBV: Die Grenzöffnung, die Preissenkungen, die Verarmung des Primärsektors usw. gehören zum herrschenden System. Der SBV bemüht sich seit Jahren mit viel Pragmatismus, Strategien zu entwickeln, um die Fehler des Systems zu beheben. Und wenn der SBV nun das System für einmal grundsätzlich hinterfragen würden? •

UNITERRE UNTERSTÜTZT DIE FAIR-FOOD-INITIATIVE

Die Initiative für Ernährungssouveränität enthält Lösungsansätze, die über die Schweizer Landwirtschaft hinaus auch die KonsumentInnen und Konsumenten, die Arbeits- und Produktionsbedingungen im Ausland betreffen. Bei diesen Punkten stimmen wir mit der Fair-Food-Initiative überein, denn sie spiegelt unsere Anliegen wieder für eine gerechte, umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft, welche auch die Sorgen der Essenden berücksichtigt.

Wir erinnern, dass auch die Initiative für Ernährungssouveränität keine protektionistischen Massnahmen enthält, sondern für alle Lebensmittel, die in der Schweiz verkauft werden, gleiche Normen fordert, egal, ob sie in der Schweiz oder im Ausland produziert werden.

FAIR-FOOD-INITIATIVE / Initiative für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel. Die von den Grünen getragene Initiative setzt sich für fairen Handel und eine gerechtere Globalisierung ein. Sie fordert minimale Nachhaltigkeitsstandards für in der Schweiz hergestellte und importierte Lebensmittel. So können in der Schweiz nur Lebensmittel verkauft werden, deren Produktion ein Minimum an sozialen und ökologischen Normen respektiert. Also kein Fleisch aus Tierfabriken, keine Tomaten, die von Angestellten zu einem Hungerlohn gepflückt wurden und keine Wasserverschmutzung durch Pflanzenschutzmittel. •

LINK

www.fair-food.ch

LANDWIRTSCHAFT RAUS AUS DER WTO

INTERNATIONAL

BERTHE DARRAS
UNITERRE SEKRETÄRIN

RUDI BERLI
BAUER UND UNITERRE SEKRETÄR

Kein Grossaufmarsch dafür viel positive Kraft. Ungefähr 300 Personen haben am 9. Dezember in Genf im Rahmen der internationalen Mobilisation gegen die 11. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Buenos Aires vom 11. bis 13. Dezember in Argentinien demonstriert.

Auf dem Spruchband an der Spitze des Umzugs stand "Weg mit der WTO. Globalisieren wir die Solidarität. Bauen wir Autonomie auf." Gleichzeitig fand in Buenos Aires ein Gipfel der Völker "Raus mit der WTO - Bauen wir die Alternativen auf" mit zahlreichen Mobilisierungen, Foren und Konferenzen, welche von der Zivilgesellschaft organisiert wurden, statt. Die Via Campesina hat sich daran mit einer grossen Delegation beteiligt. In der Tat sind es Millionen von Menschen auf der Welt, welche sich für eine Wirtschaft und ein Ernährungssystem einsetzen, in welchem die bäuerliche Landwirtschaft eine ausreichende, gesunde, sozial- und umweltgerechte Ernährung gewährleistet. Diesem Widerstand des Bauernstandes und der Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass die Handelsderegulierungsabsichten der WTO heute blockiert sind.

IM SÜDEN. Andererseits ist es der Preisdruck aufgrund des internationalen Handels, welcher verbunden mit Landgrabbing und Konzentration der Ressourcen den Hunger schürt und die Landflucht in die städtischen Zentren nährt. Diese Landflucht geht oft mit Repression und Kriminalisierung der bäuerlichen Bewegungen in den Ländern des Südens einher.

IN DEN INDUSTRIELÄNDERN werden die zerstörerischen Wirkungen des Preisdrucks auf landwirtschaftliche Erzeugnisse durch ein Stützungs-system, welches die Bauern und Bäuerinnen spaltet und in wirtschaftliche Abhängigkeit treibt, gemindert. Deshalb ist es um so wichtiger hier für öffentliche politische Massnahmen und Rahmenbedingungen der Märkte zu kämpfen, welche es den Bauern und Bäuerinnen erlauben, würdig von ihrer Produktion zu leben und faire Preise auf den Märkten zu erwirtschaften. Die finanziellen Begleitmassnahmen, welche auf den Staatshaushalten lasten, dürfen kein Freipass sein, um im Gegenzug Freihandelsabkommen

abzuschliessen. Diese Abkommen schaden der Qualität unserer Ernährung und zerstören die Märkte und die lokalen Wirtschaftskreisläufe unter dem wachsenden Preisdruck auf bäuerliche Erzeugnisse.

WAS HAT DIESER GIPFEL ALSO GEBRACHT? Trotz den neuen handelsfreundlichen Regierungen in Argentinien und Brasilien ist es in Buenos Aires nicht zu einem Abschluss gekommen aber die Verhandlungen zu einem Abkommen zwischen EU und Mercosur sind weiter fortgeschritten und eine Unterzeichnung könnte schon im Februar stattfinden. Das Abkommen muss dann von den EU-Ländern ratifiziert werden. Der Bundesrat Schneider-Amman, unter dem Druck von gewissen Schweizer Wirtschaftskreisen hält sich schon bereit, um auf diesen Zug aufzusteigen. Die wichtigsten Hürden in Bezug auf die Landwirtschaft aus europäischer Sicht sind die Importtarifkontingente für Rindfleisch; zusätzliche 100 000 Tonnen (zu 70'000t aktuellen). In Bezug auf Biodiesel-Ethanol auf Sojabasis akzeptiert die EU 600'000 Tonnen und 100'000 Tonnen Zucker. Die europäische Wein- und Obstproduktion sowie die Pouletaufzucht käme ebenfalls unter Druck. Ein Abkommen zwischen der EU und Mercosur, sowie ein Abkommen mit der Schweiz hätte auch direkte Auswirkungen auf die entsprechenden Produkte in der Schweiz. Einmal mehr wäre der Landwirtschaftssektor, die Arbeitsplätze und die Produkte eine Ausgleichsvariable von Handelsverträgen im Interesse anderer industrieller Sektoren. In Südamerika sind es die Industrien mit hohen Produktionskosten (Textil, Automobil und Ausrüstung) welche die Konkurrenz europäischer Produkte befürchten. Der Mercosur würde auch die öffentlichen Dienste für die europäischen Unternehmen öffnen.



RÜCKBLICK AUF DAS ENTSTEHEN DER WTO

Die WTO will die Hemmnisse für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital abbauen, um den Welthandel zu stärken. Diese Politik der Globalisierung des Handels zerstört lokale Wirtschaftskreisläufe und hat neben den sozialen Folgen auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt. Angesichts der Blockaden innerhalb der WTO haben regionale und bilaterale Verträge an Gewicht gewonnen. So hält der Bundesrat an seinem blinden Rennen für Freihandelsverträge mit EU, Indien, Malaysia, Indonesien oder dem Mercosur fest. Diese Verträge betreffen nicht nur die Landwirtschaft und das Ernährungssystem sondern andere Sektoren wie die Wasser- und Energieversorgung, das Gesundheits- und Erziehungssystem sind auch betroffen. (TISA).

GESCHICHTE

1947 Gründung der GATT (Allgemeiner Vertrag zu Zolltarifen und Handel) 23 Länder – Ziel: Stärkung des internationalen Handels mittels progressiver Öffnung der nationalen Märkte via Abbau der Zollrechte und anderer Hemmnisse für den Verkehr von Waren und Dienstleistungen.

1986 Verhandlungsrunde – Uruguay Round betrifft 125 Länder

1994 Unterzeichnung des Vertrages von Marrakech am 14. April Gründungsdatum der Welthandelsorganisation (WTO)

1995 1. Januar = Eintritt der WTO-Regelung. Die WTO markiert eine neue Etappe in der Regulierung des internationalen Handels und ist nicht mehr von zwischenstaatlichen Verträgen bestimmt. Die WTO, mit Sitz in Genf, funktioniert nach dem Konsensprinzip, mit dem Risiko, dass Beschlüsse blockiert werden.

1996 1. Ministerkonferenz in Singapur

1998 2. Ministerkonferenz in Genf

1999 3. Ministerkonferenz in Seattle, Abkommen gescheitert

2001 4. Ministerkonferenz in Doha in Qatar. Anfang des Doha-Zyklus -> Start von dreijährigen Verhandlungsprogrammen

2003 5. Ministerkonferenz in Cancún, Mexiko, zweites Scheitern in vier Jahren, Uneinigkeit über das Landwirtschaftsdossier zwischen den Grossmächten und der G22.

2005 6. Ministerkonferenz in Hong Kong, Zustandekommen eines Abkommens über die Aufgabe von Agrarexportsubventionen bis 2013

2009 7. Ministerkonferenz in Genf

2011 8. Ministerkonferenz in Genf

2013 9. Ministerkonferenz in Bali

2015 10. Ministerkonferenz in Nairobi, für die Schweiz Aufhebung des "Schoggigesetzes"

Die WTO hat heute 164 Mitgliedsstaaten •

DIE WTO VERTRÄGE UND DIE SCHWEIZ

Im Gefolge der Verträge der Uruguay Runde (1986-1993) musste die Schweiz ihre Agrarpolitik anpassen. So wurden die Importquoten in Zolltaxen oder Tarife umgewandelt. Der Vertrag hat die Schweiz verpflichtet innerhalb eines Zeitraumes von 6 Jahren nach Unterzeichnung alle Zolltaxen um durchschnittlich 36% zu senken, dabei um mindestens 15% per Produkt.

Weiter muss die Schweiz einen Mindestzugang von 3% auf allen Agrarprodukten gewähren, auch dort, wie zum Beispiel im Kartoffelmarkt, wo sie sich selbst versorgt. Obschon die Schweiz strengere Vorschriften in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit und Umwelt sowie Tierwohl hat, können diese Kriterien in Bezug auf den Marktzugang in den Verhandlungen nicht miteinbezogen werden. Das bedeutet, dass Nachhaltigkeitskriterien, trotz gegenteiliger Zielsetzungen und Erklärungen, ausdrücklich als marktverzerrende Hemmnisse dargestellt, bekämpft und nicht anerkannt werden. Das dies vom Bundesrat so verstanden wird, wurde auch beim Verhandlungsmandat für Buenos Aires klar, bevor das Parlament die Bremse zog. Das bedeutet beispielsweise auch, dass es trotz anderen Beteuerungen des Bundesrates, nicht möglich ist Nachhaltigkeit und Freihandelsabkommen miteinander zu vereinbaren. Die Handelsverträge müssen demzufolge neu ausgehandelt oder unter eine höherstufige Vertragsebene gestellt werden. Tatsächlich ist es allem Jammern der Freihandelsapostel zum Trotz heute schon so, dass die Schweiz pro Einwohner weltweit das Land mit der höchsten Importrate ist.

BUNDES-RAT IM GLOBALISIERUNGS-TSUNAMI

Bundesrat Schneider-Amman war an der Grünen Woche in Berlin und gab im Mediengespräch sein übliches Kredo für den Wirtschaftsstandort Schweiz ab. Da die EU mit den Staaten des Mercosur-Bundes (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) bald ein Handelsabkommen abschliessen werde, sei es ihm ein Anliegen, dass die Schweiz in diesem Wirbelwind nicht ins Hintertreffen gerate. "Wir gehen durch einen Globalisierungs- und Digitalisierungstsunami." Er habe nichts gegen die Bauern, im Gegenteil, es gehe ihm darum, Wege für die Zukunft bei verändertem Umfeld zu suchen. Er verstehe auch ihre Angst. (quelle lid) Es ist offensichtlich beschlossene Sache, dass die Schweiz ein Abkommen mit dem Handelsblock Mercosur abschliessen wird. Wer dann wirklich vom Tsunami betroffen sein wird, ist jetzt schon klar, wir Bäuerinnen und Bauern. Aber zum Glück hat der Bundesrat ja nichts gegen die Bauern. Und ja: Wir bangen um unsere Existenz, aber irgendwann wird aus Angst Ärger und aus Ärger Wut.

[LINK ZU LA VIA CAMPESINA](https://viacampesina.org/en/final-statement-peoples-summit-wto-building-sovereignty/)

<https://viacampesina.org/en/final-statement-peoples-summit-wto-building-sovereignty/>

[LINK ZUM STAATSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT
Liste aller Freihandelsabkommen.](https://www.seco.admin.ch/seco/de/home.html)

<https://www.seco.admin.ch/seco/de/home.html>

ERNÄHRUNGS- DEMOKRATIE JETZT!

MARTINA BRUN

MITGLIED DER NYÉLÉNI-DELEGATION 2016, AKTIVES MITGLIED UNITERRE DEUTSCH-CH

"Die Ernährungssysteme transformieren und eine Agrar- und Ernährungswende herbeiführen." Der Slogan zum 1. Kongress zur Vernetzung der Ernährungsräte im deutschsprachigen Raum, der vom 11./12. November 2017 in Essen (DE) mit rund 100 engagierten TeilnehmerInnen stattfand, widerspiegelt die mutigen Ziele.

Die Bewegung zu einer Demokratisierung unserer Ernährungssysteme bringt uns einen grossen Schritt weiter in eine ernährungssouveräne Welt, in welcher Nahrungsmittel mehr Wert bekommen und Entscheidungen mit Einbezug lokaler/regionaler AkteurInnen ermöglicht und auch gefördert werden. Dies ist auch sehr interessant für Bäuerinnen und Bauern, da sie durch eine Einbettung im lokalen Netzwerk der Ernährungsstrategie ihre Produkte mit Mitsprache regional verkaufen und so näher an die Gesellschaft gelangen können. Insbesondere dann, wenn das öffentliche Beschaffungswesen sich regional ausrichtet. Daher sollten die Initiativen für weitere Ernährungsräte mehr Aufmerksamkeit bekommen und der Enthusiasmus, der sich am Kongress in Essen gezeigt hat, weitergetragen werden, um Schritt für Schritt die Macht über unser Ernährungssystem wieder zu erlangen.

DURCH ERNÄHRUNGSRÄTE ZUR SELBSTBESTIMMUNG. Dies soll durch die Gründung von Ernährungsräten erreicht werden. Das ist ein Gremium aus Menschen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung, die miteinander diskutieren und Konzepte für ein nachhaltiges lokales Ernährungssystem ausarbeiten. Es existieren viele unterschiedliche Formen dieser Räte. Manche funktionieren im kleinen Rahmen auf Gemeindeebene, andere für ganze Städte. Einige sind in der lokalen Politik eingebettet und Teil der Verwaltung, andere funktionieren autonom. Die lokalen Gegebenheiten bestimmen, wie ein solcher Rat aussieht. In den USA ist der erste "Food Policy Council" in den 1980er Jahren entstanden und heute gibt es schon 400 aktive Räte auf kommunaler Ebene und grössere Räte in Städten wie Los Angeles und Chicago. Wie Mark Winne, ein Experte für Ernährungspolitik aus den USA, sagte: "Ich sehe viel Potenzial in Europa und bin ein wenig erstaunt, dass es ausser in England, nicht schon mehr Ernährungsräte

gibt. Wenn wir nicht aufpassen, werden die Entscheidungen, die unsere Ernährung betreffen, von einer Handvoll Firmen und Politikern gemacht. Ich denke, das ist eine gefährliche Entwicklung. Ich glaube, es braucht einen Weg, bei dem die Zivilgesellschaft etwas über ihr Ernährungssystem zu sagen hat. Die Ernährungspolitik sollte ein demokratischer Prozess sein. Nur weil die Schweiz keine Ernährungssicherheitsprobleme hat, heisst das nicht, dass die Menschen nicht teil der Diskussion sein sollten. Es geht hier nicht nur um unser Essen, sondern auch um Nachhaltigkeit, Klimawandel und Gesundheit, es geht um unsere Zukunft!"

DER KONGRESS IN ESSEN diente dazu, dass sich die bestehenden und die im Aufbau befindenden Ernährungsräte im deutschsprachigen Raum austauschen und vernetzen konnten. Seit 2016 bestehen Ernährungsräte in Köln und Berlin. In anderen Städten wie Frankfurt, Dresden, Oldenburg, Kiel, Wien und Hamburg gibt es Projekte, die im Aufbau sind. In der Schweiz plant das Ernährungsforum Zürich den ersten Ernährungsrat der Schweiz zu starten. •

TIPPS

Unser Essen mitgestalten - Handbuch über Ernährungsräte, Tipps und Tricks um selbstständig Ernährungsräte ins Leben zu rufen.

Download unter webshop.inkota.de

ERNÄHRUNGSFORUM ZÜRICH

Gründungsversammlung Ernährungsrat am 20. März 2018

<http://ernaehrungsforum-zueri.ch>
Anmeldung an: info@ernaehrungsforum-zueri.ch

FUTURE 3.0 DIE VERGANGENHEIT IM DIENST DER ZUKUNFT

VANESSA RENFER

BÄUERIN UND VORSTANDSMITGLIED UNITERRE (SEKTION NEUENBURG)

Herbst 2016, sieben Neuenburger Bürger lancieren ihre Initiative "Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide". Nimmt das Volk diese Initiative an, wird jedes Pflanzenschutzmittel auf helvetischem Gebiet in einer Frist von 10 Jahren verboten.

Es waren einmal ein Professor für Bodenbiologie, ein Weinbauer, ein Unternehmer, aber vor allem Bürger. Sie haben beschlossen, in den Ameisenhaufen zu stüpfen und zwar mit einem Text, der die Schweizer Landwirtschaft revolutionieren kann. Die biologische Landwirtschaft ist zwar seit rund dreissig Jahren auf dem Vormarsch, dennoch bleiben Biobäuerinnen und -bauern eine Minderheit. 2016 kamen auf 53000 Betriebe rund 6300 Biobetriebe, also 12% (Quelle: Situationsbericht SBV).

VOLLSTÄNDIGES VERBOT. Mit grosser Schlichtheit verlangt der Initiativtext ein vollständiges Verbot von synthetischen Pestiziden (darunter zu verstehen sind Pflanzenschutzmittel im weiten Sinn) in der Landwirtschaft, der Landschaftspflege und auf öffentlichem Grund ganz allgemein. Natürlich sind auch private Gärten davon betroffen. Der Text geht aber noch weiter und dehnt das Verbot auch auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus (Lebensmittel, Tierfutter), die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind.

Ein nobles Anliegen. Der Bund hat bereits einen Aktionsplan zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln lanciert, was zeigt, dass das Risiko der Agrochemie allen bewusst ist. Am grössten sind die Risiken für die Verwender, also die Bäuerinnen und Bauern, die bei der Anwendung der verschiedenen Mittel tausend Vorsichtsmassnahmen treffen müssen. Risiken auch für die Umwelt aufgrund von Abschwemmung, Versickerung oder Verdunstung der Wirkstoffe und der Nebenprodukte. Risiken schliesslich auch für uns Konsumentinnen und Konsumenten, tagtäglich, wenn wir essen. Das Thema könnte sensibler nicht sein, die vielen Studien widersprechen sich und es ist nicht immer einfach, sich zurechtzufinden, denn die wirtschaftlichen Interessen sind enorm. Die Affäre mit Monsanto und seinem Glyphosat ist ein eindrückliches Beispiel.

In dieser vertrackten Lage können wir Future 3.0 zugestehen, dass sie eine extrem klare Grenze setzen und sich resolut dem Vorsorgeprinzip verschreiben. Wir können die totale Unschädlichkeit der

Pflanzenschutzmittel nicht garantieren? Also verbannen wir sie! Mit derartigen Massnahmen könnten die Initianten viele Ziele erreichen. Aus dem Blickwinkel der Ernährungssouveränität ist diese Initiative in mehr als nur einer Hinsicht interessant und übernimmt auch mehrere Punkte, für die Uniterre einsteht. Die Unterstützung der Konsumenten ist für Bäuerinnen und Bauern lebensnotwendig und eine 100% biologische Landwirtschaft kann eine gute Sache sein. Mehr Mitarbeitende anzustellen, um die zusätzliche Arbeit zu bewältigen, die Kontrolle über die Produktionsmittel in die Hände der Bäuerinnen geben, der zusätzliche Mehrwert, das alles klingt gut in den Ohren der Mitglieder von Uniterre.

LÜCKEN. Da aber nichts ohne Fehl ist, müssen wir auch auf gewisse Lücken im Projekt von Future 3.0 hinweisen, denn es löst nicht alle Probleme:

- Die zu grossen Margen der Grossverteiler im Biobereich
- Eine Verteuerung der Lebensmittel - problematisch für Personen, bei denen jeder Rappe zählt. (die bessere Gesundheit schlägt sich nicht direkt auf das Portemonnaie nieder).
- Der Einkaufstourismus, der unfaire Wettbewerb.
- Die Schwierigkeit, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden und anständig zu bezahlen.

Auch die Frage nach dem bäuerlichen Einkommen findet im Initiativtext leider keine Erwähnung, obwohl diese von zentraler Bedeutung ist, besonders, wenn man von den Bauernfamilien eine zusätzliche Leistung verlangt. Dennoch, die Initiative ergänzt sich gut mit der Ernährungssouveränität.. •

WEITERE INFORMATIONEN UNTER

www.future3.ch

Mit 114'420 Unterschriften wurde die Volksinitiative "Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung- Keine Subventionen für den Pestizid- und prophylaktischen Antibiotika Einsatz" nach nur zehn Monaten Sammelzeit am 18. Januar 2018 eingereicht. Eine Initiative löst Debatten aus, hier 2 Positionen.

SAUBERES WASSER FÜR ALLE INITIATIVE

PRO

FRANZISCA HERREN
INITIANTIN DER INITIATIVE "FÜR SAUBERES TRINKWASSER"

Durch die stark überhöhten Nutztierbestände, deren Haltung nur durch enorme Futtermittelimporte möglich ist, produziert die Schweiz viel zu viel Gülle. Trotz Einführung des ökologischen Leistungsnachweises 1996 ist die Einfuhr von Futtermitteln von 263'000 Tonnen auf über 1.1 Mio. Tonnen gestiegen. 50% des Fleisches und 70% der Eier und Poulets werden mit Importfutter hergestellt. Durch diese intensive Tierhaltung entsteht das Umweltgift Ammoniak, das zu Überdüngung von Gewässern, Mooren und Wäldern führt und unsere Lungen belastet. Die Schweiz, notabene ein Alpenland, weist europaweit die zweithöchsten Ammoniakemissionen auf, mit gravierenden Folgen für die Biodiversität. Seit vielen Jahren werden dadurch das Schweizer Umweltschutzrecht sowie internationale Vereinbarungen in gravierender Weise verletzt.

Jüngstes Beispiel: Der Bundesrat erhöht die gesetzlichen Grenzwerte für die meisten Pestizide. Zum Beispiel beim am häufigsten eingesetzten Glyphosat will der Bund in der Gewässerschutzverordnung die maximale Belastung in den Oberflächengewässern gar um das 3600-fache erhöhen. Auch der vor kurzem vom Bund veröffentlichte Bericht Bertschy 3 bestätigt, dass die Landwirtschaft trotz der enormen Zahlungen des Staates kein einziges der gesetzten Umweltziele erreicht.

INDUSTRIELLE NUTZTIERHALTUNG FÖRDERT ANTIBIOTIKARESISTENTE BAKTERIEN. Das zählt zu den "grössten Bedrohungen für die Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz". Trotzdem wird und darf in der Nutztierhaltung weiterhin prophylaktisch Antibiotika eingesetzt werden. Mit der Teilrevision der Tierarzneimittelverordnung (TAMV) vom 1. April 2016 wurde nur eine Einschränkung der Abgabe von Antibiotika auf Vorrat eingeführt – jedoch kein Verbot.

INTENSIVLANDWIRTSCHAFT BEDROHT TRINKWASSERQUALITÄT. Die Schweiz, als Wasserschloss Europas, kann heute 70% des Trinkwassers naturnah und ohne aufwändige Aufbereitung direkt aus lokalem Grund- und Quellwasser gewinnen. Dieses Privileg ist bedroht. Deshalb fordert die Initiative, dass die Subventionen nur noch an Landwirtschaftsbetriebe gehen, die pestizidfrei produzieren, die Biodiversität erhalten, nicht mehr Tiere halten, als sie auf ihrem Boden selbst ernähren können und in der Tierhaltung Antibiotika nicht prophylaktisch einsetzen. Gleichzeitig fordert die Initiative, dass die landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Ausbildung sowie Investitionshilfen nur noch mit Bundesgeldern unterstützt werden, wenn sie einen wirksamen Beitrag an eine solche konsequent nachhaltige Landwirtschaft leisten. Die Initiative will die Existenzgrundlagen, die für die Bäuerinnen und Bauern die gleichen sind, wie für die Bevölkerung, sichern: Sauberes Wasser, gesund belebte Böden und eine hohe Biodiversität. •

CONTRA

ULRIKE MINKNER
BÄUERIN UND UNITERRE VIZE-PRÄSIDENTIN

Die Initiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung trifft einen Lebensnerv. Alle wollen saubere Luft, sauberes Wasser, saubere Nahrung und ein sauberes Hemd. Die Schuldigen: Die Bäuerinnen und Bauern. Diejenigen, die Pestizide und prophylaktisch Antibiotika einsetzen, sollen keine Direktzahlungen mehr bekommen. Weiter müssen alle die Biodiversität fördern und dürfen nur noch hofeigenes Futter an die Tiere verfüttern, sonst ist der Leistungsauftrag nicht erfüllt. Zu letzterem Punkt steht in der Einleitung zur Initiative, dass Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen oder Subventionen unterstützt werden, [...] welche nur so viele Tiere halten, wie sie ohne Futtermittelimporte ernähren können. Im Initiativtext selber steht [...] "ein Tierbestand, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann." Das ist ein gravierender Unterschied.

Die Initiative zwingt bei einer Annahme viele Bäuerinnen und Bauern durch den höheren Arbeits- und Kostenaufwand, der vom Markt nicht entschädigt wird, zum Aufhören. Wer wird es finanzieren, wenn wir mit dem Weltmarkt in Konkurrenz stehen? Wer bezahlt den Mehraufwand, den Tierarzt, das Hacken und Jäten, die im Vergleich hohen Löhne in der Schweiz, wer bezahlt die Biodiversität? Wer diese Frage lapidar damit beantwortet, dass der Markt es richtet, die KonsumentInnen den Aufpreis schon bezahlen werden, macht es sich zu einfach. Die Übergangsfrist für die Umstellung des Betriebes von 8 Jahren hingegen ist fair, löst aber die strukturellen Probleme nicht.

WELCHE ROLLE SPIELT DAS BUNDESAMT? Warum hat es nicht längst für restriktivere Zulassungen der Pestizide und gescheite Obergrenzen gesorgt? Landwirte setzen Pestizide im gesetzlichen Rahmen ein, nicht weil sie die Umwelt verschmutzen wollen, sondern weil sie möglichst billig produzieren müssen. Ungeklärt zudem, was unter den Begriff Pestizide fällt. Auch der Biolandbau käme arg unter Druck, würden alle Hilfsstoffe verboten.

AUFHORNEN LÄSST AUCH, dass die Agrochemiekonzerne nicht gegen die Initiative sind. Sie haben ihre Lösung: Neue Züchtungstechnologien (CRISPR / Cas9), die mit Hilfe von Genediting z.B. Schorf, Mehltau, Feuerbrand bekämpfen sollen. Auch gentechnisch veränderte Pflanzen, denen z.B. eine Resistenz gegen den Zünsler eingebaut wurde, würden grossen Aufwind bekommen.

Wir haben nicht nur eine Verantwortung für die Schweiz. Unsere hohen Importe produzieren Dreck anderswo. Verschärft sich der Strukturwandel in der Schweiz weiter, gibt es noch mehr Importe, auf deren Standards wir keinen Einfluss haben. Vielleicht können wir uns darauf einigen: Die Initiative für Ernährungssouveränität von Uniterre zeigt die Lösungen für die sozialen und strukturellen Probleme auf. Nach einer Annahme unserer Initiative können wir gemeinsam mit allen Beteiligten im Lebensmittelbereich, den Grossverteilern, KonsumentInnen und den Bundesbehörden einen Weg finden, der die Bauern und Bäuerinnen nicht zum Aufhören zwingt, die Ökologie und die Trinkwasserqualität verbessert und den Pestizideinsatz reduziert. •

GROSSE BETEILIGUNG, GROSSE HERAUSFORDERUNGEN

MATHIAS STALDER
UNITERRE SEKRETÄR

Uniterre war an der Hautversammlung der IG Anbindestall vom 19. Januar 2018 mit einem Informationsstand zugegen und sammelte Unterschriften für die Milchpetition. Über 150 Bauern und Bäuerinnen fanden sich in der alten Reithalle in Thun ein.

Knapp 100 Unterschriften konnten gesammelt werden. Die Unterschriftenbögen wurden von Hand zu Hand weitergegeben. Die Initiative für Ernährungssouveränität wurde zwar an der Versammlung nicht diskutiert, allerdings beschloss der Vorstand bereits im Vorfeld die Ja-Parole. Dabei ging die Unterstützung durch wie Butter, wie Vorstandsmitglied Patrick Monhart sich gegenüber Uniterre äusserte. In seiner Ansprache formulierte er den Wunsch Tierschutz und Tierwohl gemeinsam voranzubringen.

Der Präsident Konrad Klötzli führte zügig durch den Anlass. Ein Jodlerklub sorgte für heimatliche Klänge, die "s'Herz erfreue". Die verschiedenen Vereinsgeschäfte wurden allesamt einstimmig und diskussionslos angenommen. Zum Referat wurde Hans Wyss, Vorsteher für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) geladen. Gleich vorneweg beteuerte er, dass ein Verbot des Anbindestalles nicht zur Diskussion stehe. Aus seiner Erfahrung als ehemaliger praktizierender Tierarzt wies er aber klar auf die Problematik des Tierwohls hin. So werde die Bewegungsfreiheit durch den Tiertrainer (Stromreiz durch Elektrobügel) eingeschränkt. Dem entgegnete Konrad Klötzli, "dass der Tiertrainer bei angemessenem Gebrauch durchaus Tierwohl konform ist." Wyss betonte auch die Wichtigkeit eines regelmässigen Auslaufs (Rausprogramm) sowie einen möglichst minimalen Einsatz von Antibiotika. Die vom Nationalrat Erich von Siebenthal eingereichte Motion zur Gleichbehandlung der Anbindeställe kritisierte die IG Anbindestall, da diese nur noch für Strukturverbesserungen herbeigezogen würde und nicht mehr für den Betrieb eines Anbindestalles mit Kuhtrainer. Die IG Anbindestall setzt sich für eine Gleichstellung von Freilauf- und Anbindeställe ein und hat über 2000 Mitglieder. •

DIE INITIATIVE FÜR ERNÄHRUNGS- SOVERÄNITÄT IM PARLAMENT

Nachdem die Initiative für Ernährungssouveränität "Landwirtschaft betrifft uns alle" bereits am 15. Mai 2017 in der Wirtschafts- und Aufsichtskommission des Nationalrats (WAK-N) behandelt wurde, konnten am Dienstag 22.1.2018 zwei VertreterInnen der Allianz für Ernährungssouveränität die Initiative in der WAK des Ständerates vorstellen.

Die Kommission empfiehlt nach interner Beratung die Initiative zur Ablehnung. (11 Nein/0 Ja/2 Enthaltungen) Auch die Fairfood-Initiative der Grünen wurde ebenso klar vom Tisch gefegt. Wir sind uns sicher, dass hier die einzigartige Chance verpasst wurde, als kleines Land Grosses zu bewirken und eine Vorreiterrolle in Europa zu übernehmen. Gemeinsam mit den Grünen werden wir nicht locker lassen. •

PRESSEERKLÄRUNG

www.uniterre.ch/de/peWAKs

WELCHER SUPERMARKT FÜR EIN ÖKOQUARTIER?

PRESSEERKLÄRUNG
SPP, APRES-GENÈVE, LES COOPÉRATIVES

Das Ökoquartier "les Vergers" in Meyrin im Kanton Genf wird im Jahr 2019 mehr als 3'000 neue Einwohner, sowie mehrere Dutzend neue Ladenflächen und einen kleinen Supermarkt empfangen. Vor 4 Jahren haben Coop und Migros darauf verzichtet sich in eine Ladenfläche von 670m², welche der Wohnbaugenossenschaft les Ailes gehören, einzumieten. Das war für die zukünftigen BewohnerInnen und NachbarInnen der Ausgangspunkt einen eigenen Supermarkt, welcher ihren Erwartungen an ein Ökoquartier entspricht, zu planen. Dies haben sie gemeinsam mit der Stadtgemeinde Meyrin, den Wohnbaugenossenschaften, Bauern und Bäuerinnen sowie Kleinhandwerkern ausgearbeitet.

EINE HANDWERKLICHE ERNÄHRUNGSVERSORGUNG ENTSTEHT. Gleichzeitig sind im Quartier eine Metzgerei, eine Bäckerei, eine Molkerei und eine Verarbeitungsstätte entstanden. Ein städtischer Bauernhof ist geplant, um die Grünzonen zu bewirtschaften, eine Gemüseproduktion aufzunehmen und Saatgut zu vermehren. Mehrere Gaststätten des Quartiers haben sich eingeschaltet, um "von der Heu- oder Mistgabel bis zur Essensgabel" eine transparente Versorgung anzubieten.

IM HERZEN DES PROJEKTES: DER SPP – LA FÈVE. Die Genossenschaft des Partizipativen Bäuerlichen Supermarktes - La Fève steht im Zentrum dieser verschiedenen zivilgesellschaftlichen Projekte um Gesundheit und Ernährung. Gemeinsam mit ihren PartnerInnen, setzt sie auf Zusammenarbeit und neue Beziehungen zwischen KonsumentInnen, ProduzentInnen und HandwerkerInnen, statt auf eine Monopolwirtschaft, welche teilt, um besser zu herrschen.

WER SIND WIR? Wir sind BürgerInnen, welche unser Ernährungssystem verändern wollen, um respektvoller unter den Menschen und mit der Natur umzugehen. Und wir sind nicht alleine. Eine grosse Zahl von Akteuren beteiligt sich seit 4 Jahren an der Verwirklichung dieses Projektes: Die Gemeinde Meyrin, der Kanton Genf, die Wohnbaugenossenschaften (Codha, Équilibre, Voisinage, Polygone, Cigué und bis vor kurzem Les Ailes), die BäuerInnen, die HandwerkerInnen und mehr als 450 eingeschriebene GenossenschaftlerInnen. Wir haben bis heute schon über eine Million Franken an Anteilscheinen zusammengebracht.

DIE SCHLECHTE NACHRICHT. Trotz dieser Unterstützung hat die Genossenschaft "les Ailes" im letzten Moment entschieden mit der Migros einen Vertrag zu unterzeichnen, mit der Begründung wir hätten zu wenig finanzielle Sicherheit bieten können. Wir haben mit der Migros ein Gespräch geführt. Doch weder der Druck der BäuerInnen, der BürgerInnen, noch der Gemeinde und des Kantons (Landwirtschaftsamt) konnten daran etwas ändern: Migros welche schon 35 Läden im Kanton betreibt, will im Jahr 2018 drei neue Filialen eröffnen, eine davon im Quartier "les Vergers". Punkt Schluss.

DIE GUTE NACHRICHT. Diese Allmächtigkeit der Migros bringt uns immer breitere Unterstützung. Es ist Zeit ein neues sozialeres und solidarischeres Wirtschaftsmodell zu schaffen, welches näher bei den Leuten und den BäuerInnen ist und respektvoll mit der Umwelt umgeht. Wir haben einen Ersatzplan. Er findet im Jahr 2018 im Quartier "les Vergers" statt. •

"SPP - LA FEVE" A SUIVRE SUR

www.spp-vergers.ch et [petition: sppsvp.wesign.it/fr](http://petition:sppsvp.wesign.it/fr)

BEISPIELE AUS DER DEUTSCHSCHWEIZ

<http://lebensmittelgemeinschaft.ch/Aktuelles>
<http://foodcoop-comedor.ch/index.php?page-id=1>

SCHWERPUNKTE SETZEN

MATHIAS STALDER
UNITERRE SEKRETÄR

UNITERRE DEUTSCHSCHWEIZ STELLT SICH DEN HERAUSFORDERUNGEN. Über mehrere Treffen hinweg erarbeiten Mitglieder, SympathisantInnen und Sekretäre der Deutschschweiz eine langfristige Strategie.

Unter Anleitung des erfahrenen Supervisors und Organisationsentwickler Christoph Walther, wurden am 10. Januar die Schwerpunkte für 2018 herausgearbeitet. Das sind: Die Initiative für Ernährungssouveränität, die Mitgliederstärke und den Bekanntheitsgrad erhöhen, klare Ziele, Verantwortlichkeiten und Struktur, der Graben Stadt-Land sowie die Finanzen.

DIE MITGLIEDER ENGAGIERTEN SICH IN DEN ARBEITSGRUPPEN, diskutierten und erarbeiteten die ersten Ziele und Massnahmen insbesondere zur Mitgliederwerbung. Im Februar und März nutzen wir drei Anlässe dafür. Dazu erarbeiten wir einen Leitfaden und einen Workshop zur Mitgliedergewinnung am nächsten Treffen vom 14. März. Was ist der Nutzen einer Mitgliedschaft bei uns, was ist unsere Vision, die Identität, unsere Organisationskultur? Fragen, die wir gemeinsam mit euch beantworten wollen.

MINDESTENS FÜNF WEITERE TREFFEN sind in diesem Jahr dafür vorgesehen. Die Motivation unter den Beteiligten ist gross und die Herausforderungen sind es auch. Wir wünschen uns noch mehr Menschen, die sich am Prozess beteiligen. Gemeinsam erreichen wir das ambitionierte Ziel, die Mitgliederzahl in der Deutschschweiz in diesem Jahr von aktuell 100 auf 200 Mitglieder zu verdoppeln und die Sektionen und unsere Präsenz zu stärken. Gerade in diesem Jahr, in dem wir die Abstimmung zu stemmen haben, sind wir auf eure tatkräftige aber auch finanzielle Unterstützung angewiesen. •

DEUTSCHSCHWEIZER TREFFEN

MITTWOCH, 14. MÄRZ

Schwerpunkt: Mitgliederwerbung, Organisationskultur, Fahrplan Initiative

WEITERE DATEN:

9. Mai, 13. Juni, 12. September und 24. Oktober.

Jeweils 19.30 Uhr
im Bioland Olten, Tannwaldstrasse 44, Olten
(gleich beim Bahnhof).

PETITION LANCIERT

Die Gewässerschutzbestimmungen in der Schweiz sollen gelockert werden, schreibt die Konsumenten-Vereinigung Schweiz (KVS) in einer Mitteilung. Der Bund wolle die Grenzwerte für mehrere Stoffe erhöhen, darunter das Herbizid Glyphosat (von 0,1 Mikrogramm/Liter auf 360 Mikrogramm/Liter). Künftig sollen höhere Konzentrationen dieser Stoffe zulässig sein, heisst es weiter. Die Konsumenten-Vereinigung Schweiz (KVS) lehnt die Erhöhung der Grenzwerte ab und sammelt Unterschriften. (lid) •

WEITERE INFORMATIONEN

<https://www.konsumenten.ch/blog/petition-grenzwert-herbizid-glyphosat/>

AGENDA

Deutschschweizer Treffen

Mittwoch, 14. März 2018, 19:30
Bioland Olten, Tannwaldstrasse 44, Olten (gleich beim Bahnhof)

Film und Podium: THE END OF MEAT

Mittwoch, 28. März 2018, 18:00
Kino Odeon, Bahnhofplatz 11, Brugg
Mitgliederwerbungen - Bitte tragt Euch in den Doodle ein:
<https://doodle.com/poll/rzmyrp5pwz7kmm5z>

Generalversammlung Sektion Bern

Mittwoch, 28. März, ab 18.30 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Beginn GV
Brasserie Lorraine (Säali), Quartiergasse 17, Bern

Generalversammlung Uniterre

Samstag, 07. April 2018, 10:00
Café Le Tempo, Yverdon-les-Bains
13h30 - 14h30 : Barto und ADA Projekte, Alain Sandoz

Internationaler Bäuerinnen- und Bauernkampftag

Dienstag, 17. April

Treffen Sektion Bern und Allianz für Ernährungssouveränität

Mittwoch, 25. April, 19:30 Uhr,
Brasserie Lorraine (Säali), Quartiergasse 17, Bern

Alle Informationen auf unserer Website

www.uniterre.ch/agenda

UNTERSTÜTZT UNITERRE!

In dieser Ausgabe findet ihr einen Einzahlungsschein für eine Spende an Uniterre. Seit letztem Jahr könnt ihr eure Spende an Uniterre steuerlich absetzen. Wir brauchen eure Hilfe für unsere vielfältigen Aufträge: Abstimmung Initiative für Ernährungssouveränität, Milchpetition, für die Jungen von Uniterre, Kooperation Faire-Milch, Rechte der Bäuerinnen und Bauern.

ALLE BEITRÄGE SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

Banque Raiffeisen Basse Broye Vully
CCP von Raiffeisen 17-6872-4
IBAN : CH17 8012 3000 0028 4966 7/ CH
CB 80123
Uniterre - p.a Claude Mudry - Bellevaux 50 - 2518 Nods

IMPRESSUM

Sekretariat / Werbung

Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne, 021 601 74 67
www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Verantwortlich für die Zeitung

Mathias Stalder 079 409 72 06, m.stalder@uniterre.ch

Verwaltung und Abos

Claude Mudry, 079 365 76 10, c.mudry@uniterre.ch

Übersetzung

Stefanie Schenk

Foto

Eric Roset, www.eric-rosset.ch Frontseite, 4-5

Layout

Dacha et Boris Abbet, atelier Soiuз, www.soiuz.ch

Druck

Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs, 1450 Sainte-Croix
024 454 11 26
Auf FSC-Mix zertifiziertem Papier gedruckt